

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

3/XI/131

Bonn, den 13. Juli 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 5 Wilhelm Kaisen 137

Sozialdemokrat und Staatsmann

Von Moritz Thape

Landesvorsitzender der SPD Bremen

1 Unerwünscht ? 24

Erhardts Abneigung gegen Fernsehdiskussionen

4 Wahrheitswidrig 22

Wer ist für den Ausgabenschwund verantwortlich ?

5 - 6 Algerien im Jahre vier 36

Abwarten, heißt die Devise

Von Pierre Sémuritsch, z.Z. in Algerien

Wilhelm Kaisen

Sozialdemokrat und Staatsmann

Von Keritz Thape

Landesvorsitzender der SPD Bremen

Am 17. Juli 1965 tritt der Präsident des Bremer Senats, Bürgermeister Wilhelm Kaisen, in den Ruhestand. Nach 20-jähriger ununterbrochener Regierungstätigkeit scheidet der dienstälteste Ministerpräsident der deutschen Bundesländer aus dem Amt. Kaisens Name ist so unlösbar mit der jüngsten Entwicklung des Stadtstaates an der Weser verbunden, daß an diesem 17. Juli mehr geschieht als nur ein Führungswechsel. Mit dem Rücktritt Kaisens wird die Nachkriegsgeschichte Bremens endgültig abgeschlossen. Sie ist gekennzeichnet durch zielstrebige und verantwortungsbewußte Aufbauleistungen, die Bremen schon sehr früh mit an die Spitze der bundesdeutschen Erfolgsbilanz stellten. So ist es bis zum heutigen Tage geblieben.

Es gibt wenige Politiker, die so klar wie Bürgermeister Kaisen den Geist und den Willen repräsentieren, von dem sie getragen werden, die selbst eine Idee sind und sie durch ihr Wirken und ihr Beispiel zur Tat werden lassen. Wilhelm Kaisen ist nicht nur Sozialdemokrat, er ist Teil der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

Seit 1905 SPD-Mitglied

Schon 1905, mit 18 Jahren, trat der Hamburger Maurerlehrling in die SPD ein und traf auf der Parteschule in Berlin mit den führenden sozialistischen Theoretikern Rosa Luxemburg, Karl Kautsky, Franz Mehring und Heinrich Cunow zusammen. Er wurde Zeuge der leidenschaftlichen Diskussionen um den Weg der Partei und überzeugter und überzeugender Anhänger des demokratischen Sozialismus. Die politischen Kämpfe nach dem Ersten Weltkrieg und das sowjetische Experiment führten ihn zu der Erkenntnis, daß Aufstieg, Freiheit und soziale Sicherheit für die um ihre Existenz und Gleichberechtigung ringenden Arbeitnehmer allein im demokratischen Staat garantiert werden kann.

Dieses Bekenntnis zur Demokratie, der Wille, die aus dem Staat herausgedrängte Arbeiterschaft in die politische Mitgestaltung und in die Staatsverantwortung zu führen, haben in fast sechs Jahrzehnten Wilhelm Kaisens politisches Handeln bestimmt. In Wort und Schrift hat er sich für dieses Ziel eingesetzt und auch im höchsten Regierungsrat danach gehandelt. Kaisens politische und menschliche Wirkung liegt vor allem in dieser völligen Übereinstimmung von Wort, Tat und persönlichem Beispiel.

Wilhelm Kaiser, der bereits 1921 in die Bremische Bürgerschaft gewählt wurde und von 1922 an die "Bremer Volkszeitung" als Chefredakteur leitete, trat 1928 zum ersten Mal in den Bremer Senat ein. Seine Tätigkeit im Sozialressort, besonders während der Krisenjahre nach 1930, hat sein späteres Denken und Handeln entscheidend mitbestimmt. Der enge Kontakt mit den Opfern des wirtschaftlichen Zusammenbruchs bestärkte Kaisen besonders nach der noch größeren Katastrophe des Zweiten Weltkrieges in dem Willen, sich selbst, seine Partei und die Bevölkerung zu Aufbauleistungen anzuspornen, die zu jeder Zeit das Wohl derer im Auge hatten, die unverschuldet in Not geraten

waren und nicht aus eigener Kraft zu einer Wohnung, zu einem Arbeitsplatz und damit zu menschenwürdigen Lebensbedingungen finden konnten.

Nach dem Sturz des Bremer Koalitionssenats durch das Hitler-Regime im März 1933 und nach der Entlassung aus der Haft zog sich Kaiser auf eine landwirtschaftliche Siedlerstelle in Bremen-Rogefeld zurück. Hier wird er auch nach seinem Ausscheiden aus dem Senat weiterwirken und nach eigenem Bekenntnis endlich Zeit finden, "die alten Hosen aufzubrauchen".

Kaiser hat auch in den 20 Jahren als Regierungschef des kleinsten Bundeslandes nie die Verbindung zu seinem kleinen Hof, zur Natur, verloren. Von hier holten ihn die politischen Freunde und die angelsächsischen Besatzungsmächte nach dem Ende des Dritten Reiches in die schwerste Regierungsverantwortung unserer Geschichte.

Seine erste Rede 1945: Vor Kriegsgefangenen

Wilhelm Kaiser hat vom Bremer Rathaus aus sofort die Not der Bevölkerung zu lindern gesucht. Es ist charakteristisch für ihn, daß er seine erste Rede nach 1945 vor Kriegsgefangenen hielt. Der Dienst am Menschen brachte ihn auch jetzt wieder in direkten Kontakt mit den Nöten der Zeit und gab ihm die innere Kraft, das aussichtslos erscheinende Aufbauwerk in die Hand zu nehmen. Sein Einsatz für die Rückkehr der Kriegsgefangenen war beispielgebend für die anderen Länder in den drei Besatzungszonen. Von der Stunde "Null" an hat Wilhelm Kaiser, gestützt auf eine wachsende sozialdemokratische Mehrheit, alle Koalitionsregierungen geführt; seit 1955 mit absoluter Mehrheit der Sozialdemokraten.

Zweckoptimismus ist Wilhelm Kaiser fremd. Er machte keine billigen Versprechungen, sondern forderte die große Gemeinschaftsleistung. Er spornte die Arbeitnehmerschaft zu großen Opfern, aber auch zu neuer, sinnvoller Kraftentfaltung an. Seine erste Ansprache an die bremische Bevölkerung am 2. August 1945 schloß mit dem Aufruf: "Laßt uns vor der Geschichte als die Generation der arbeitenden Menschen bestehen, die alles Kleinliche von sich wieser und nur dem einen Ziel nachstreben: Heraus aus der Not auf neuen Wegen zu einer neuen Zukunft für Bremen. Vorwärts an die Arbeit!"

Zäher Verhandlungspartner

Kaiser erreichte schon 1945 die Freigabe der Häfen und damit die Möglichkeit zum Wiederaufbau dieser bremischen Lebensader. Die Amerikaner waren angesichts der großen Zerstörungen für einen solchen Plan nicht leicht zu gewinnen, aber in zähen Verhandlungen mit General Clay siegte die Überzeugungskraft des neuen Bürgermeisters. Damit hatte Bremen als Stadt-Staat, der unter dem Nazi-Regime dem Gau Oldenburg zugeschlagen worden war, seine Selbstständigkeit zurückgewonnen. 1950 setzte er die Freigabe der Werften durch.

Von Jahr zu Jahr zeigte Bremen unter sozialdemokratischer Regierungsführung neue Aufbauleistungen, setzte sich im sozialen Wohnungsbau an die Spitze der Bundesrepublik, zeigte beispielhafte Leistungen im Schulbau, erweiterte die Häfen und siedelte neue Industrien an. Längst ist aus dem Wiederaufbau eine Neugestaltung Bremens geworden, die das Alte mit dem Neuen, die Tradition der alten Hansestadt mit den Anforderungen der neuen Zeit harmonisch verbind-

det. Kaisen hat bei allen Maßnahmen immer den Bestand des Ganzen gesehen, aber im Interesse der Gemeinschaft auch den großen Einzelmaßnahmen und einmaligen Kraftanstrengungen zur Beseitigung von Notständen zugestimmt.

Der jetzt ausscheidende Präsident des Bremer Senats ist nach 1945 ohne eigenes Streben in die Spitzengruppe der großen Staatsmänner der Bundesrepublik aufgerückt. Schon lange vor der Gründung des Bundes hatte sein Rat bei der Neuordnung des demokratischen Staates Gewicht, und so wurde bei der Suche nach dem ersten Bundespräsidenten 1949 auch sein Name genannt. Wilhelm Kaisen war einer der ersten Regierungschefs, die im Ausland für das Nachkriegsdeutschland sprechen konnten. 1949 fuhr er nach England, 1950 in die USA und 1951 nach Frankreich.

In die Nachkriegsgeschichte eingegangen

Kaisen ist als "Ministerpräsident ohne Vorzimmer" bereits in die Nachkriegsgeschichte eingegangen. Bekannt ist seine Ablehnung aller Orden und öffentlichen Ehrungen, bekannt ist, daß er sich niemals in einen Frack zwingen läßt. In dieser Haltung kommt zum Teil hanseatischer Geist und hanseatische Tradition zum Ausdruck. Typisch für Kaisen ist indessen seine menschliche Bescheidenheit, die keine Pose ist, sondern seinem Wesen entspringt und die sich gerade deshalb überall Respekt verschafft. Sie ist gepaart mit Charakterfestigkeit und Klarheit. Kaisen sagt, was er denkt und handelt danach. Er war und ist immer bereit, auch als prominenter Vertreter seiner Partei, aus der Zeit zu lernen und Theorie und Wirklichkeit in Einklang zu bringen. Er ist kein Dogmatiker und hat stets seine Aufgabe darin gesehen, die Kräfte der Gemeinschaft auch zu gemeinsamen Handeln zusammenzuführen.

Wer in Kaisen aber allein den toleranten, überparteilichen Staatsmann sieht, hat nur die eine Seite seiner Persönlichkeit erfaßt. Die Wurzeln seines Strebens ruhen tief in der sozialdemokratischen Bewegung. Um der gemeinsamen Sache willen ist er bereit, abzuwägen und den Mittelweg zu suchen. Nie aber hat er verschwiegen, wo und für wen sein Herz schlägt. Im entscheidenden Augenblick spricht und handelt er immer als Sozialdemokrat, der ausgezogen ist, die Welt zu verändern, und der durch sein Wirken an dieser neuen und besseren Welt, in der wir heute leben, entscheidend mitgebaut hat.

Wechsel ohne Bitterkeit

Wenn Wilhelm Kaisen heute aus dem Rathaus scheidet, kann läßt er keinen leeren Platz zurück. Rechtzeitig hat er sich mit der Frage der Ablösung beschäftigt und im Zusammenwirken mit seiner Partei den Senator für das Bildungswesen, Bürgermeister Willy Dehrkamp, als Nachfolger vorgeschlagen. So vollzieht sich der Wechsel in Bremen ohne Bitterkeit und Kulissenkämpfe. Wilhelm Kaisen legt mit 78 Jahren die Bürde des Regierungsamtes ab; er scheidet aber nicht, ohne jenen Mann das volle Vertrauen auszusprechen, der sein Nachfolger wird.

Unerwünscht ?

Erhard's Abneigung gegen Fernsehdiskussionen

sp - Millionen Fernsehzuschauer werden um das Vergnügen kommen, Bundeskanzler Erhard und den Regierenden von Berlin und Kanzlerkandidaten der SPD, Willy Brandt, miteinander vor dem Bildschirm um den Inhalt der deutschen Politik diskutieren zu sehen und zu hören. Doch eine, Brandt, drängte darauf, dem anderen, Erhard, gefällt dies nicht, er kneist. Zuerst hat es vom Bundeskanzler eine Zusage gegeben, auch das Einverständnis der Rundfunkanstalten lag vor, Sendezeiten zur Verfügung zu stellen. Doch den Mann, der so von sich überzeugt ist, und der wirklich alles Ernstes glaubt, ohne ihn würde die Bundesrepublik in düstere Abgründe gleiten, verließ der Mut, er stellt sich nicht in öffentlicher Diskussion dem sozialdemokratischen Mitbewerber um das Kanzleramt. Das CDU-Präsidium hat Erhard dazu ermuntert, weil es von den Gefahren weiß, die für ihn und seine Partei in einer solchen öffentlichen Diskussion liegen. Sein schwammiger Wortschatz würde nicht ausreichen, sein hohles Pathos wäre falsch am Platze, und die von ihm so geliebten allgemeinen Redensarten würden bohrenden, sachbezogenen Fragestellungen nicht Genüge tun und eine Blöße enthüllen, die er vermeiden will. Erhard liebt zwar den Kampf, doch seinen Hauptopponenten weicht er aus. Das ist schade. Vor allem dürfte dies die junge Generation bedauern. Sie will keine Schimpfkampagnen hören, wohl aber wissen, wie der noch amtierende Bundeskanzler über den künftigen Weg unseres Volkes denkt und was er dazu zu sagen hat. Offenbar wenig oder nichts, denn sonst würde Erhard statt Kammerskut nicht die Tagend des Hasen wählen. Vielleicht beruht auch darauf seine Abneigung gegen die Intellektuellen...

* * *
Wahrheitswürdig

Wer ist für den Ausgabenschwund verantwortlich ?

sp - Der Unmut in der Öffentlichkeit über das zu erwartende Defizit von sechs Milliarden DM im Bundeshaushalt 1966 ist im Wachsen und findet seinen Niederschlag in besorgten Pressenkommentaren. Diese berechtigte Kritik kommt den Unionsparteien als den Hauptträgern der Bundesregierung recht unangenehm; sie möchten heute nicht wahrhaben, was in den letzten Wochen der Legislaturperiode des 4. Deutschen Bundestages geschah. Die SPD-Bundestagsfraktion hatte in weiser Selbstbeschränkung Anträge mit einem Kostenaufwand von 1,62 Milliarden DM zurückgezogen und Anträge mit einem Aufwand von 262 Millionen DM für erledigt erklärt. Doch wie reagierten die Koalitionsparteien auf diese vom Blick für einen gesunden Haushalt bestimmte Haltung? Sie schüttelten das Füllhorn von Wahlgewinnen aus, sie öffneten, von keinerlei Skrupel gehemmt, die Schleusentore. Die Kosten ihrer Anträge beliefen sich auf 6,500 Milliarden DM. Weder der Bundesfinanzminister, noch der Bundeskanzler, noch der CDU-Vorsitzende, heute lautstarker Fürsprecher von Sparsamkeit und Maßhalten, gaben auch nicht mit einem Laut kund, daß sie damit nicht einverstanden wären, auch distanzierteren sie sich nicht von einem schon lange auf dem Tisch liegenden und von 115 Koalitionsabgeordneten unterschriebenen Antrag, der Großunternehmungen Reparationschädigungen in der Höhe von 18 Milliarden DM zu gewähren. Keine Sophistik kann über diesen Tatbestand, verzeichnet in den Protokollen des Bundestages, hinwegtäuschen.

Algerien im Jahre vier

Abwarten, heißt die Devise.

Von Pierre Simonitsch, z.Z. in Algier

Am 5. Juli feierte Algerien den dritten Jahrestag seiner Unabhängigkeit; ein Datum, das mit der Landung der französischen Flotte vor 135 Jahren zusammenfällt. Es gab keine großen Manifestationen, keine Militärparaden, keine Volksreden. Beflaggt waren nur die öffentlichen Gebäude; an den Fenstern der Privatwohnungen sah man kaum ein Fähnchen. Kann man diesen Umstand als Ablehnung der Bevölkerung dem neuen Regime gegenüber interpretieren? Einige Einheimische bejahen diese Frage, die Mehrzahl der Leute stehen dem "Nationalen Revolutionsrat" aber ganz einfach neutral gegenüber. Abwarten, heißt die Devise, die man immer wieder hört. Bisher würde das Volk keinerlei schärferem Druck ausgesetzt, Polizei und Armee verhalten sich äußerst diskret. Aber man legt Befürchtungen für die Zukunft, bis die ausländischen Journalisten und Beobachter verschwunden sind.

Eine Tatsache haben wir in der Hauptstadt immer wieder feststellen müssen: Ben Bella war weit weniger populär, als man bei uns annahm, und als der Expräsident sicherlich selbst glaubte. "Ben Bella war insofern volkstümlich, als er sich für den Fußball und für die kleinen Dinge des Alltags interessierte, aber er brachte Algerien um keinen Schritt weiter", erklärte mir ein junger Algerier. "Was schert uns die Solidarität mit Kuba, Angola und der arabischen Welt, wenn in unserem Lande selbst das Heer der Bettler und der Arbeitslosen ständig größer wird."

Ben Bellas "Flirt" mit Kasser

Ein weiterer Vorwurf an die Adresse Ben Bellas, der uns allentorts begegnete, galt seinem Flirt mit Kasser. Die ägyptischen "Experten", welche die Nachfolge der französischen Lehrer, Ingenieure und Verwaltungsbeamten angetreten hatten, sind äußerst unbeliebt. Die Ägypter seien unqualifiziert, doppelt so gut bezahlt als ihre algerischen Kollegen, gäben kein Trinkgeld in den Restaurants usw. hört man sagen. Der erste Schritt des neuen Regimes auf der Suche nach Popularität bestand deshalb darin, eine Anzahl von Ägyptern heimzuschicken.

Ben Bella war ständig darauf bedacht, seine Herrschaft gegen etwaige Konkurrenten abzusichern. Gegen Ende seiner Regierungszeit konnte Ben Bella seine ehrlichen Anhänger im Kabinett und in den leitenden Stellen an einer Hand abzählen - daher die Leichtigkeit des Staatsstreichs. Es gab einen ständigen Reigen der Präfekten und hohen Verwaltungsbeamten, die der Präsident nach Gutdünken auswechselte. Ben Bella gab viel Geld für die Unterstützung afrikanischer Befreiungsfronten aus, während sich die heimische Wirtschaft mit Not über Wasser hielt.

Die in der "Proklamation vom 19. Juni" enthaltenen Anklagen gegen den abgesetzten Präsidenten sind also in vielen Belangen gerechtfertigt; das Unbehagliche daran ist nur, daß ihre Autoren in den Armeekreisen beheimatet sind, obwohl man natürlich die AKP drei Jahre nach Beendigung des Befreiungskampfes noch nicht mit einer Armee klassischer Stile vergleichen kann. Die Epoche Ben Bella mit ihrer angeblichen Demagogie und Mystifikation muß darüberhinaus auch ihre positiven Seiten gehabt haben. Ich wunderte mich bei einem Spaziergang durch die Kasbah, daß

selbst die Bettler und die vielen fliegenden Händler sich nie aufdringlich benahmen. "Während der Kolonialzeit war das anders", erklärte mein algerischer Begleiter, "das gehört zur neuen Mentalität der Leute."

Minimum an Polizeimethoden

Dem Revolutionsrat muß man zugute halten, daß er sich die Macht mit einem Minimum an Polizeimethoden aneignete und ständig bestrebt ist, die Legalität zu respektieren. In den ersten Tagen nach dem Staatsstreich versuchte das neue Regime zwar, die Gewerkschaften (UGTA), die sich weigerten, eine klare Stellungnahme für den Revolutionsrat abzugeben, auszuschalten. Die vom Industrieministerium in den rationalisierten Betrieben eingesetzten Regierungskommissäre (eine Art von Direktor) trafen offensichtlich koordinierte interne Entscheidungen, ohne zuvor die lokalen Gewerkschaftsvertreter zu konsultieren, wie dies in der "Charta von Algier" festgelegt ist. Nach Protestationen verschiedener Gewerkschaftsdelegationen legten die neuen Machthaber den Rückwärtsgang ein. Dafür gab anschließend die UGTA-Führung eine Unterstützungserklärung für die Proklamation vom 19. Juni ab. - Das neue Regime sitzt gegenwärtig fest im Sattel, daran kann nicht gezweifelt werden. Boumedienne ist zur Zeit bemüht, alle politischen Kreise mit Ausnahme der erklärten Kommunisten zu integrieren. Selbst dem ziemlich militärfeindlichen linken Flügel der FLN wird man die Mitarbeit anbieten, weil man die Intellektuellen braucht.

"Uns sind die Schienen wichtiger"

"Ben Bella verkörperte für viele den sozialen Fortschritt Algeriens, gab ich einem der neuen Männer im Politbüro zu bedenken. "Ben Bella hatte keine Geduld und ließ die Improvisation einreißen", erhielt ich zur Antwort. "Er wollte mit einer Lokomotive fahren, ohne vorher Schienen gelegt zu haben. Uns sind die Schienen wichtiger. Was nützt es, die Frauen in einer Massenversammlung aufzufordern, den Schleier abzulegen, wenn sie vor dem Gesetz doch nicht gleichberechtigt sind und mit zwölf Jahren verheiratet werden können." Es liegt auf der Hand, daß sich der Revolutionsrat betont traditionsverbunden gibt, weil er bis zur Stabilisierung seiner Macht auf die Unterstützung der Kirche und der traditionalistischen Kreise angewiesen ist, mit denen es sich Ben Bella verschorzte. Wie es aber auf die Dauer möglich sein wird, nach einer "nationalen Einigung" die ganze bunte Gesellschaft von Groß- und Kleinbürgern, Militärs, religiösen Gruppen und eventuell sogar Linksintellektuellen zusammenzuhalten, ist nicht ganz klar. Dazu kommt die Animosität zwischen den ehemals vom Ausland aus tätigen Offizieren um Boumedienne auf der einen Seite und den Führern der Wilayas auf der anderen. Hier liegt die wahre Zerbrechlichkeit des Regimes und nicht in der Gefahr des Volksaufstands.

Zielsetzungen auf internationaler Ebene

Auf der internationalen Ebene will das neue Regime eine rein auf die algerischen Interessen zugeschnittene Politik betreiben: Korrekte Beziehungen zu den Nachbarstaaten des Maghreb, realistische und vorsichtige Einschätzung der panarabischen Einheitsbestrebungen, Neutralität, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder mit Verlangen auf Respektierung der Gegenseitigkeit, vergrößerte Anlehnung an Frankreich zur Überwindung der Wirtschaftskrise. Als der große Verlierer Nasser seine Felle in Algerien davonschwimmen sah, kam es während einiger Tage zu einer gespannten Lage zwischen Kairo und Algier. Mittlerweile scheint sich auch Nasser ins Unabänderliche gefügt zu haben und die Pressekampagnen wurden gestoppt. Die Algerier bilden ein aufgeschlossenes Volk, das trotz aller Rückschläge und Schwierigkeiten sein Geschick selbst meistern kann und keinerlei Ratschläge von außen bedarf.